

AutorInnenkollektiv Loukanikos (Hrsg.), History is unwritten. Linke Geschichtspolitik und kritische Wissenschaft. Ein Lesebuch, Edition Assemblage, Münster 2015, 400 S., kart., 19,80 €.

Das AutorInnenkollektiv Loukanikos legt hier einen durch weitere Artikel ergänzten Band einer Tagung vor, die im Dezember 2013 in Berlin stattgefunden hat. Die engagierte und durchaus kontrovers vorgetragene Art und Weise, wie die meisten Autorinnen und Autoren ihren Gegenstand behandeln, unterscheidet ihn wohlthuend von jedem noch so fachlich qualifizierten Tagungsband einer etablierten Institution. Es herrscht dank des „freien Netzwerks“, in dem dieser Zusammenhang entstanden ist, eine produktive Atmosphäre, in der auch auf ungewöhnliche Weise diskutiert werden kann, was linke Geschichte ausmacht. Ein kluges Vorwort und kurze Überleitungen der Herausgeber verhindern, dass der Tagungsband als Sammelsurium erscheint.

Im ersten Kapitel – Retrospektiven – behandeln fünf Autorinnen und Autoren historische Themen, an denen beispielhaft ihr Verständnis einer linken Geschichtsauffassung deutlich wird. Wolfgang Uellenberg-van Dawen entwirft ein Bild von den deutschen Gewerkschaften im Ersten Weltkrieg, das nicht einfach die „Verratsthese“ bedient, sondern eine historische Analyse sowohl der Rolle und des Selbstverständnisses der Sozialdemokratie vornimmt als auch eine notwendige Richtigstellung, was die Haltung der Mehrheit der deutschen Arbeiter zum Krieg betrifft. Das Besondere an Uellenberg-van Dawens Beitrag ist, dass er linke Mythen wie eben die vom Verrat der Sozialdemokraten oder der kriegsbereiten Arbeiterschaft aufdeckt und sich nicht nur mit der herrschenden staatsoffiziellen Gedenkkultur zum Ersten Weltkrieg auseinandersetzt.

Susanne Götze diskutiert die Metaphilosophie Henri Levebres und stellt die Frage, wie groß die Gefahr für linke Geschichtsschreibung ist, in eine „Falle der ideologischen Deutung“ zu geraten, gerade dann, wenn sie kritisch gegen herrschende Mainstream-Deutungen anschreibt. Unklar bleibt dabei am Ende die Einordnung von Levebre durch die Autorin.

David Mayers all diesem vorangestellter Beitrag trägt den Titel „Gute Gründe und doppelte Böden“. Es gibt für ihn „gute Gründe“, bisherige Praktiken linker Geschichtspolitik und Geschichtsschreibung zu historisieren; seine Ausführungen zu sich verändernden Geschichtstheorien in der Linken seit Beginn des 20. Jahrhunderts, die sich wesentlich als Rezeption der marxischen Gesellschafts- und Geschichtsauffassung beschreiben lassen, beweisen das eindrucksvoll. Nach 1989, als im Zuge der Krise ein Auseinanderdriften marxistisch inspirierter und „linker“ Geschichtsschreibung zu beobachten gewesen sei, will Mayer einen neuen Typus von linker Geschichtsschreibung erkennen (S. 46). Den „doppelten Boden“ sieht der Autor in dem Konflikt „zwischen Kritik und Indienstnahme, zwischen Legitimität (von Anklage und Gegenerzählung) und Legitimierung (von Herrschafts- und Ungleichheitsverhältnissen anderer Art als jenen, die zuvor einer Kritik unterworfen wurden) oder, ganz allgemein, zwischen Wissenschaft und Politik“ (S. 28). Damit spricht David Meyer ein Problem an, das sich wie ein roter Faden durch den Tagungsband zieht: Wie lassen sich Parteilichkeit und Wissenschaftlichkeit in der Arbeit des linken Historikers und der linken Historikerin vereinbaren? Dieses Verhältnis sei problematischer geworden, wozu nicht zuletzt neue institutionelle Abhängigkeiten beitragen. Bereits auf der Tagung war die Frage danach, wie sich politisches Engagement und finanzielle Existenzabsicherung durch staatliche oder andere Institution konfliktfrei unter einen Hut bringen lassen, stets präsent. Es gibt also wieder eine Historikergeneration, die ihre Arbeit als politische begreift – das ist die gute Nachricht. Sie hat fast keine Nischen und Freiräume – das ist die schlechte Nachricht.

Domenik Nagl beschreibt eine Kontroverse der Neuen Linken in Zeiten der Krise im britischen Marxismus der 1960er- und 1970er-Jahre, die sich wie in Frankreich im Kern darum drehte, wie eine antistalinistische linke Geschichts- und Gesellschaftstheorie aussehen sollte. Beispielhaft wird Edward P. Thompsons Ansatz einer subjekt- und praxisbezogenen Geschichtsschreibung zitiert, seine Methode einer „Geschichte von unten“ problematisiert und der Stellenwert des Nationalen in Thompsons Ge-

schichtphilosophie verworfen. Die „Verhaftung in der Kategorie des Nationalen“ mache eine politische Anschlussfähigkeit an Thompson für uns heute fragwürdig, resümiert der Autor (S. 99). Aber ist diese Kritik noch Ausdruck einer Historisierung linker Ideen? Wird der Autor mit seiner Zurückweisung nationaler Kategorien in Thompsons Werk dem Briten gerecht oder wird hier ein aktuell verbreitetes Selbstverständnis von der Unbotmäßigkeit eines „linken Patriotismus“ einfach zurückdatiert?

„Vorwärts und nicht vergessen? Warum die Linke große Erzählungen braucht und dabei auf die Erfahrungen der Bewegung der Arbeiterinnen und Arbeiter nicht verzichten kann“, ist der Artikel von Ralf Hoffrogge emphatisch überschrieben. Er ist ein großes Plädoyer dafür, (wieder?) an alte Traditionen der Arbeiterbewegung anzuknüpfen, namentlich an jene, die Heutiges antizipieren. Er beklagt einen Traditionsbruch, der in Deutschland mit dem Nationalsozialismus und der Restauration 1956 besonders radikal gewesen sei und den auch die 68er-Bewegung nicht hatte verhindern können; 1989 sei es dann zum schwersten Traditionsbruch gekommen, mit dem zugleich die ganze linke Utopie ‚den Bach runtergegangen‘ sei. Hoffrogge sieht einen Ausweg aus diesem traditions- und damit geschichtslosen Zustand: Es gehe darum, die „alte“ gewerkschaftliche und die „neue“ Linke zusammenzuführen und aus den Erfahrungen der Arbeiterbewegung zu lernen, namentlich aus den Niederlagen, Fehlern und auch Verbrechen. Dieser Aufruf, sich der Geschichte der Kämpfe der Arbeiterbewegung zuzuwenden und deren Heutiges, Unabgeholtenes in der Art einer großen Erzählung geschichtsmächtig zu machen, stößt naturgemäß auf Widerspruch. Einmal bei jenen Autoren, die massive Kritik am Erkenntniswert einer großen Geschichtserzählung üben und die nicht ganz zu Unrecht befürchten, dass auf diese Weise nichts anderes als ein neuer Mythos entsteht. Den am weitesten entwickelten Gegenentwurf zur „großen Erzählung“ findet sich bei Cornelia Siebeck, die am Ende des Tagungsbandes über „Möglichkeiten emanzipatorischer Gedächtnispolitik“ aus postmoderner Perspektive nachdenkt. Aber auch andere Autoren lassen sich nicht auf den Vorschlag ein, den großen, Identität stiftenden Traditionsbezug herzustellen; ihre Bedenken erscheinen nachvollziehbar. Eine andere Autorengruppe wird Schwierigkeiten haben, ihr Interesse auf die Geschichte der Arbeiterbewegung zu fokussieren; sei es, weil ihnen namentlich die deutschen Arbeiter einer solchen Beachtung nicht genug wert sind, sei es, weil sie sich anderen Traditionen näher fühlen. Dies kann man bedauern oder aber zum Anlass nehmen, die „führende Rolle“ der Arbeiterbewegung im linken Gedächtnis einer historischen Prüfung zu unterziehen. Der Disput um die Bedeutung der Tradition der Arbeiterbewegung, der hier geführt wird, enthält noch keine Lösung, er zeigt jedoch an, dass die traditionelle Arbeitergeschichtsschreibung angesichts einer neuen Realität nicht wie bisher weitermachen kann.

In den Kapiteln II und III sind die Praktiker einer linken Bildungs-, Erinnerungs- und Gedenkkultur vertreten, die mit Leidenschaft für ihren jeweiligen Ansatz im Umgang mit Geschichte werben. Christiane Leidingen und Ingeborg Boxhammer stellen das Portal <<http://www.lesbengeschichte.de>> vor, das wesentlich aus biografischen Materialien von Lesben besteht, die sich auf der Metaebene mit der „Sinnstiftung von Mikroperspektiven“ auseinandersetzen.

Chris Rotmund informiert über die Arbeit der Initiative für einen Gedenkort ehemaliges KZ Uckermark e.V., ein Jugendkonzentrations- und späteres Vernichtungslager der Nationalsozialisten. Etwas bedenklich erscheint mir ihr Ausblick auf die Zeit nach 1945, in der sie in Deutschland sowohl auf staatlicher Ebene als auch innerhalb der Bevölkerung die NS-Zeit bruchlos fortbestehen sieht. Zwar sei die „praktische Umsetzung des Vernichtungsgedankens“ gestoppt, doch die dahinter stehende Ideologie wie auch viele Formen der Verfolgung und Ausgrenzung lebten weiter. Die Behauptung einer solchen NS-Kontinuität gibt es auch in anderen Artikeln des Tagungsbandes. Die antifaschistische „gruppe audioscrip“, die sich mit dem offiziellen Gedenken an die Bombardierung Dresdens auseinandergesetzt hat, bemüht dafür den Begriff „Postnazismus“, mit dem sie versucht, „die Tatsache zu fassen, dass 1945 zwar das Morden geendet hat, aber die Struktur- und Ideologieelemente des Nationalsozialismus in den Nachfolgegesellschaften ‚fortwesten‘“ (S. 244). Im Artikel von Katharina Morawek und Lisa Bolyos wird dieselbe Begrifflichkeit verwendet und werden die „Erforschung von Kontinuitäten, die Aktualisierung von Gedenken, ein interventionistisches Verständnis von (Geschichts-)Politik und der Einsatz für ihre Entnationalisierung und gleichzeitige Transnationalisierung“ zur politischen Aufgabe linker Geschichtspolitik erhoben (S. 269).

Der so verstandene Begriff des Postnazismus stellt die Weichen in Richtung zahlreicher Fehldeutungen und damit falscher Handlungsoptionen. Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Stigmatisierung und Verfolgung Andersdenkender in der heutigen Bundesrepublik als fast bruchlose Fortsetzung der Ideologie

und Praxis der Nationalsozialisten zu deuten, ist nicht nur unhistorisch, sondern politisch auch gefährlich. Es enthebt, sich mit den jeweiligen Ursachen und gesellschaftlichen Zusammenhängen konkret auseinanderzusetzen, nach neuen Entwicklungen zu fragen, nach historischen Wandlungen auch solcher Erscheinungen wie Rassismus oder Antisemitismus. Wer dies nicht tut, sondern sich lediglich die Aufgabe stellt, Kontinuitäten nachzuweisen und damit seine Vorannahmen bestätigt zu finden, wird auch keine wirkungsvolle linke Politik machen können. Sie verbleibt – und in den zitierten Artikeln wird dies leider auch sichtbar – bei einem reflexartigen Reagieren auf den offiziellen Mainstream, etwa wenn eine Gruppe zum Tag der Bombardierung Dresdens die Losung ausgibt: „Bomber Harris do it again!“

Der Beitrag von Anton Tantner zu Joseph Fontana und Luciano Canfora erscheint mir ebenfalls zu stark von einer Haltung beeinflusst, die sich darüber begeistert kann, dass die herrschenden Ideen – hier die vom Erfolgsmodell Europa – ordentlich in die Schranken gewiesen werden, ohne jedoch genau darauf zu achten, aus welcher Ecke diese Kritik kommt. Ansonsten hätte der Autor wohl Canfora nicht zum Kronzeugen einer linken Europapolitik gemacht.

Damit ist nicht die „Intervention“ infrage gestellt und der Versuch, dem herrschenden Gedenken etwas entgegenzusetzen, was es bloßstellt oder relativiert, ihm Knüppel zwischen die Beine wirft. Es gibt in den Kapiteln II und III des Tagungsbandes hervorragende Beispiele einer solchen linken Politik. Dörte Lerp und Susann Lewerenz stellen ihren Audioguide vor, der in den Rundgang im DHM kritisch interveniert; „Museen hacken“ nennen sie diese Form des Eingreifens in die hegemoniale Ordnung eines Museums oder einer Ausstellung. Das scheint mir eine ebenso produktive Intervention in Geschichte wie das Projekt von Saskia Helbling und Katharina Rhein, die vom selbstverwalteten Zentrum im ehemaligen Gestapo-Knast in Frankfurt am Main berichtet. Nicht von Kontinuitäten, sondern von Brüchen, Bewegung sowie Veränderung ist hier die Rede, von Diskussionen um das Ausstellungs- und Veranstaltungskonzept. Auch diese Gruppe steht vor dem Problem eines offensiven Staatsgedenkens und damit auch vor dem Problem der Institutionalisierung des Gedenkens an den Nationalsozialismus. Doch anders als die „Antifaschistische Initiative Moabit“, die dieser Vereinnahmung ein schlichtes „Nie wieder Heimat!“ entgegenschmettert, setzen sie auf eine alternative, emanzipatorische Aneignung der Geschichte.

Bemerkenswert ist, dass sich kein Artikel aus diesen Kapiteln explizit mit der Erinnerungs- und Gedenkkultur an die DDR und der an sogenannte realsozialistische Staaten beschäftigt. Lediglich als Zurückweisung herrschender Aufarbeitungsmethoden und falscher Gleichsetzung von Nationalsozialismus und Kommunismus tauchen sie auf, ohne dass dem eine emanzipatorische Kritik am Stalinismus entgegengesetzt wird. Haben diese linken Historikerinnen und Historiker tatsächlich nichts zur Aufarbeitung ihrer ureigensten Geschichte beizutragen? Woher kommt diese Interessenlosigkeit? Gibt es an den Mythen der Linken, einschließlich der ehemals im Osten Herrschenden und ihrer Sympathisanten, nichts aufzulegen?

Im Kapitel IV des Tagungsbandes kommen wieder die Theoretiker zu Wort. Sie greifen die Leitfragen der Tagung auf und versuchen – mal mit einem postmodernen, mal mit einem eher historisch-materialistischen Ansatz –, eine Antwort zu finden. Darf oder soll eine an der Zerstörung der mythischen Nationengeschichte interessierte Geschichtsschreibung zugleich Mythen für eine linke Gegenerzählung liefern? Oder brauchen wir sogar Ikonen und linke Mythen? Und lässt sich dieser Widerspruch überhaupt angesichts eines Linksseins, das nach Identität, Tradition und Verortung in der Geschichte verlangt, auflösen (Gottfried Oy und Christoph Schneider)? Wie sieht die innere Struktur der hegemonialen Geschichtsmymen aus und wie die gegen sie gerichtete linke Strategie? Ist die der vielen kleinen Gegenerzählungen wirklich erfolgversprechend? Oder eröffnet die bewusste und emphatische Stiftung einer universalistischen Tradition von Emanzipationskämpfen, die zwar offen aber nicht beliebig sein sollte, nicht die bessere Perspektive (Max Lill)? Was ist da genau mit der großen Erzählung gemeint, die an ihr vermeintliches Ende gekommen ist? Und hängt das irgendwie mit dem Ende der Systemauseinandersetzung zusammen? Sind die großen Erzählungen nichts anderes als der Ausdruck von bestimmten Weltauffassungen (Florian Grams)? Muss die Ablehnung der Suche nach der letztendlichen Determinante für Geschichtsverläufe und für menschliches Handeln mit Notwendigkeit in einer völligen Auflösung aller Objektivitäten und in einem Relativismus enden, der keinen Standpunkt mehr zulässt? Oder geht es nicht vielmehr darum, auch dem eigenen Standpunkt, der kein privilegierter ist, die Wahrheits- und Deutungsmacht zu entziehen? Müssen wir uns nicht auch von der linken Ge-

schichte emanzipieren, um die Gestaltung der Zukunft in aller Offenheit anzugehen (Cornelia Siebeck)?

Das schönste an diesem Tagungsband ist seine klare Botschaft: Wir wollen uns die Geschichte neu aneignen, namentlich die linke Geschichte. Und wir machen das, weil wir eine bessere Gesellschaft wollen. „Fragend blicken wir zurück. Fragend schreiten wir voran“, heißt das Motto vom „Bündnis Rosa & Karl“, ein Zusammenschluss verschiedener Jugendorganisationen, das dem jährlichen Gedenken am Grab von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht etwas Eigenes entgegensetzen wollte. Für sie gibt es überhaupt kein Denken und kein Handeln in der linken und Geschichte der Arbeiterbewegung, das nicht auf den Prüfstand gehörte.

Nicht alle Artikel sind gelungen; aber namentlich die, die sich kritisch mit der Geschichte der linken und Arbeiterbewegung auseinandersetzen, haben eine wichtige Diskussion angestoßen, etwas, was die etablierte Arbeitergeschichtsschreibung bisher nicht geleistet hat.

Renate Hürtgen, Berlin

Zitierempfehlung:

Renate Hürtgen: Rezension von: AutorInnenkollektiv Loukanikos (Hrsg.), History is unwritten. Linke Geschichtspolitik und kritische Wissenschaft. Ein Lesebuch, Edition Assemblage, Münster 2015, in: Archiv für Sozialgeschichte (online) 56, 2016, URL: <<http://www.fes.de/cgi-bin/afs.cgi?id=81693>> [23.12.2015].